

Betr.: Internationalisierung, Tagung am 21.01.09 in Bonn

Sehr geehrter Herr Prof. ,

die Internationalisierung hat in vielen Bereichen deutliche Fortschritte gemacht, nicht aber im zentralen Bereich der grundständigen Studiengänge. Dies zeigen nicht nur die rückläufigen Anfängerzahlen, sondern noch stärker die erheblich zurückgegangenen Bewerberzahlen, die dann ja auch das quantitative Problem wegen fehlender Auswahlmöglichkeiten zu einem qualitativen Problem machen. Ich möchte Sie mit diesem Schreiben bitten, sich für das grundständige Studium von Ausländern einzusetzen, insbesondere bei der Tagung am 21.01. in Bonn.

Das grundständige Studium von Studierenden aus Entwicklungs- und Schwellenländern ist von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung:

- Wir gewinnen so, wie es amerikanische und chinesische Politiker offen aussprechen, die Eliten dieser Länder für uns.
- Unsere Wirtschaft braucht diese Studenten als zukünftige Partner und Mitarbeiter.
- Es ist ein nachhaltiger Beitrag zur Entwicklungspolitik.
- Es ist ein humanitärer Beitrag, da in vielen Ländern Schulabsolventen aus politischen, ethnischen, religiösen, finanziellen und anderen Gründen vom Studium ausgeschlossen werden.
- Es ist eine Bereicherung für unsere Studenten, die so Kontakt zu völlig anderen Kulturen bekommen.

Leider ist insbesondere bei vier großen Universitäten in NRW das Interesse an diesen Studierenden gesunken:

- Ihr Studienerfolg ist gering, wenn sie kein Studienkolleg besucht haben oder eine fachpropädeutische Vorbereitung bekommen haben, die es bislang nur an wenigen großen Universitäten an deren Studienkollegs (außerhalb von NRW) gibt.
- Der Elite-Status und die damit verbundenen Drittmittel sind nur an die Forschung gebunden und völlig unabhängig von guter Lehre. Master- und Promotionsstudenten sind daher für diese Universitäten viel interessanter als grundständige Bachelor-Studenten.
- Für einzelne englischsprachige Angebote gibt es genügend Zulauf und ebenso gibt es an einigen Hochschulen intensive Kooperationen mit Hochschulen in China, Indien oder den Emiraten. Diese homogenen Gruppen gelten als übersichtlicher als die Vielfalt der frei einreisenden Studierenden und sie sind im persönlichen Interesse einzelner Hochschullehrer.

Diese Argumentation ist sicher kurzfristig, eine betriebswirtschaftlich orientierte Universitätsstrategie, die den volkswirtschaftlichen und moralischen Aspekt vernachlässigt, hat nur kurzfristigen Erfolg. Wenn man weiterhin grundständige Studenten will oder auch nur hin- nimmt, ist es angesichts der erhöhten Anforderungen des Bachelor-Studiums unumgänglich, die Studierenden so vorzubereiten, dass sie eine Chance auf einen erfolgreichen Abschluss haben. Das dazu nötige fachliche Know-how ist nicht bei den verwaltenden und betreuenden Auslandsämtern vorhanden, sondern bei den Studienkollegs, die sich bundesweit zunehmend für Studierende öffnen, die eigentlich kein Studienkolleg besuchen müssen. Methoden- kurse reichen dazu bei weitem nicht aus. Besonders deutlich sieht man solche Unter- schiede an den zwei Parallelangeboten an der Universität München.

In NRW kann man nun nicht den Weg gehen, den die anderen Bundesländer beschreiten, da man mit der völlig missglückten „Reform“ der Studienkollegs das dazu passende Instrument verloren hat. Bei ihrem Antritt hat die Regierung im Jahr 2005 sieben staatliche Studienkol- legs vorgefunden, die nun auslaufen. An den Hochschulkollegs gab es 48 Kurse, darunter 10 für Medizin und 10 für Geisteswissenschaften. Hinzu kamen noch 12 Kurse an den Fach- hochschulen für Technik und Wirtschaft. Insgesamt reichte die Kapazität für 1200 Studenten. Nun, nach der Reform, ist das Bild erschreckend. Nachdem die Regierung selbst gemerkt hat, dass die ursprüngliche Hoffnung auf private Kollegs vergeblich ist, dürfen nun die Hoch- schulen, ursprünglich hatte man ihnen das verboten, kostenpflichtige Studienkollegskurse einrichten. Die Nachfrage dazu ist natürlich denkbar gering, da die anderen Bundesländer weiterhin einen kostenlosen Zugang bieten, so dass auch die 100 Stipendien für Studienkol- legsgebühren, die die Regierung auf Dauer zur Verfügung stellen wird, den Bewerbern kei- nen Vorteil bringen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass keine einzige Universität in NRW solche Kurse einrichtet, als Ersatz für die 60 Kurse sind lediglich drei (!) Technikerkurse an Fachhochschulen in der Planung. Kurse für Medizin und Geisteswissenschaften wird es in NRW nicht mehr geben. Die Kirchen, die die Reform abgelehnt haben, durften ihre beiden sehr kleinen Kollegs behalten, sie dürfen sie aber nicht vergrößern.

So verständlich es ist, dass eine Regierung keinen Fehler zugeben möchte, das Dilemma ist zu offensichtlich. Die Ruhe, die man sich dadurch verschaffen möchte, dass man die Leh- renden der Kollegs so schnell wie möglich in den Schulbereich abschiebt, erkaufte man sich natürlich mit einem erheblichen Kompetenzverlust für die Studienpropädeutik, denn die in fast 50 Jahren an den Kollegs erarbeitete Erfahrung geht so gänzlich verloren. Der ehemalige HRK-Vorsitzende, Prof. Landfried, bezeichnete vor drei Wochen in einer einstündigen Sendung des Deutschlandfunks zu diesem Thema den Schließungsbeschluss als Schildbür- gerstreich und riet den Betroffenen. „Wehrt Euch und macht Krach!“ Der neugegründete Verein zur Wiedereinführung staatlicher Studienkollegs in NRW tut dies. Wir haben inzwi- schen mehr als fünfhundert Mitglieder, nicht nur Betroffene, sondern auch Hochschullehrer verschiedener Hochschulen und viele normale Bürger aus unterschiedlichsten Berufen von A (wie Abgeordnete) bis Z (Zahnarzt). Wir werden das weitere Scheitern der Reform sorgsam beobachten und öffentlich machen. Wir möchten dazu auch Sie dafür gewinnen, sich der Landesregierung gegenüber für eine Reform der „Reform“ einzusetzen. Die jetzige Situation, mit einem kümmerlichen Restprogramm für reiche Araber und Kinder der chinesischen No- menklatura ist jedenfalls völlig unbefriedigend und wird sicher nicht lange Bestand haben. Und auch die neuen 200 Stipendien für Ausländer sind nur ein Alibi. Bei einem grundstän- digen Studium von 5 Jahren sind das 40 Stipendien pro Jahr. Das ist kein Ersatz für die weg- gefallenen 1200 Plätze. Erst recht kein Substitut für den gesellschaftlichen Verlust sind sie, wenn sie wie in Münster vergeben werden. Dort will man die 20(!) Stipendien, den bislang einzigen Ersatz für 250 – 300 Studierende des renommierten, zweitgrößten Studienkollegs Deutschlands, vor allem im englischsprachigen Masterstudiengang Geoinformatik einsetzen. Hochschulen, die einen elitären Anspruch haben, sollten ihm auch genügen. Dazu gehört es auch, die moralischen Anforderungen der Gesellschaft zu erfüllen, die schließlich direkt und über Drittmittel die Hochschulen weitestgehend finanziert. Dazu brauchen wir Studienkollegs.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Jansen